

JONAS C. RYBARZ

Billigkeitserwägungen
im Kontext des
Europäischen Privatrechts

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

262

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

262

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Jonas C. Rybarz

Billigkeitserwägungen im Kontext des Europäischen Privatrechts

Mohr Siebeck

Jonas C. Rybarz, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin; 2010 Promotion; seit 2010 Referendar am Kammergericht in Berlin.

e-ISBN PDF 978-3-16-151447-0

ISBN 978-3-16-150818-9

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Franzi und meinen Eltern

Vorwort

Die Arbeit wurde dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Freien Universität Berlin im Sommersemester 2010 als Dissertation vorgelegt. Aktuelle Literatur hat nachträglich noch bis Januar 2011 Berücksichtigung gefunden.

Danken möchte ich zunächst meinem Doktorvater Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Jürgen Säcker, der das Thema angeregt hat und durch wertvolle Diskussionen in der Anfangsphase des Promotionsvorhabens zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat. Des Weiteren danke ich Herrn Prof. Dr. Gregor Bachmann für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Mein besonderer Dank gilt meinen Eltern, Christoph und Margrit Rybarz, die mich stets mental und finanziell unterstützt haben. Gedankt sei ihnen auch für das sorgfältige Korrekturlesen im Rahmen der Schlussredaktion. Sie haben wesentlich zur Verwirklichung meines Promotionsvorhabens beigetragen. Bedanken möchte ich mich aber auch ganz herzlich bei meiner Freundin Franzi, die mit ihrem Humor für die nötige Abwechslung gesorgt hat und auch in Durststrecken immer an mich geglaubt hat. Ihr und meinen Eltern ist diese Arbeit gewidmet.

Berlin im Januar 2011

Jonas Christian Rybarz

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
A. Einführung	1
I. Rechtspolitische Diskussion.....	1
II. Rechtstatsächlicher Befund	2
III. Bewertung des rechtstatsächlichen Befunds	4
IV. Aufgabenstellung	8
V. Gang der Darstellung	9
B. Rechtsphilosophischer Hintergrund.....	10
I. Präzisierung des Billigkeitsbegriffs.....	10
II. Das Spannungsverhältnis zwischen Billigkeit und abstraktem Normenrecht	11
III. Wirkungsweise der Billigkeit.....	12
IV. Erscheinungsformen der Billigkeit im gemeineuropäischen Privatrecht.....	13
V. Die Berücksichtigung von Billigkeitserwägungen ohne ausdrückliche Ermächtigung	18
VI. Implikationen für das europäische Privatrecht.....	19
C. Theoretische Ansätze für die Berücksichtigung von Billigkeitserwägungen im europäischen Privatrecht	23
I. Billigkeitsregulative im positiven europäischen Privatrecht.....	23
II. Rückgriff auf Billigkeitsregulative aus den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen.....	26
III. Dogmatische und methodische Grundlagen für die Herausbildung ungeschriebener Billigkeitsregulative durch den EuGH im Wege richterlicher Rechtsfortbildung	31
IV. Zwischenergebnis	54
D. Die Berücksichtigung von Billigkeitserwägungen bei der Rechtsanwendung im Kontext des europäischen Privatrechts.....	56
I. Das Rechtsinstitut der ungerechtfertigten Bereicherung im europäischen Privatrecht	56

II. Das Rechtsinstitut der Verwirkung im europäischen Privatrecht.....	115
III. Das unionsrechtliche Rechtsmissbrauchsverbot in der Rechtsprechung des EuGH.....	166
E. Die Rezeption der EuGH-Rechtsprechung durch die deutschen Zivilgerichte – BGH, Urt. v. 22.12.2004	179
I. Sachverhalt	179
II. Rechtliche Würdigung	180
III. Zusammenfassung.....	190
F. Ausblick.....	191
G. Ergebnisse.....	194
Literaturverzeichnis.....	197
Sachverzeichnis.....	209

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
A. Einführung	1
I. Rechtspolitische Diskussion.....	1
II. Rechtstatsächlicher Befund	2
III. Bewertung des rechtstatsächlichen Befunds	4
IV. Aufgabenstellung	8
V. Gang der Darstellung	9
B. Rechtsphilosophischer Hintergrund.....	10
I. Präzisierung des Billigkeitsbegriffs.....	10
II. Das Spannungsverhältnis zwischen Billigkeit und abstraktem Normenrecht	11
III. Wirkungsweise der Billigkeit	12
IV. Erscheinungsformen der Billigkeit im gemeineuropäischen Privatrecht.....	13
1. Getrennte Rechtsmassen	14
2. Durchdringung des abstrakten Normenrechts mit billigkeitsrechtlichen Bestandteilen	14
a) Einzelregelungen	15
b) Allgemeine Billigkeitsregulative	15
3. Eigenverantwortliche Regelung eines Rechtsverhältnisses durch die Beteiligten.....	18
V. Die Berücksichtigung von Billigkeitserwägungen ohne ausdrückliche Ermächtigung.....	18
VI. Implikationen für das europäische Privatrecht.....	19
C. Theoretische Ansätze für die Berücksichtigung von Billigkeits- erwägungen im europäischen Privatrecht	23
I. Billigkeitsregulative im positiven europäischen Privatrecht.....	23
1. „Treu und Glauben“	23
2. „Recht und billig“	24
3. „Grundsätze der Lauterkeit“	25
4. „Berechtigte Erwartungen“	25

5. Zwischenergebnis	25
II. Rückgriff auf Billigkeitsregulative aus den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen.....	26
1. „Verzahnung“ des Unionsrechts mit den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	26
2. Drohende Kollision mit dem allgemeinen Grundsatz vom Vorrang des Unionsrechts	26
3. Dogmatische Herleitung des unionsrechtlichen Vorrangs	27
a) Rechtsprechung des EuGH	27
b) Rechtsprechung des BVerfG	28
aa) Verfassungsrechtliche Schranken	28
bb) Kompetentielle Schranken	29
4. Konsequenzen für den Rückgriff auf mitgliedstaatliche Rechtsordnungen	30
III. Dogmatische und methodische Grundlagen für die Heraus- bildung ungeschriebener Billigkeitsregulative durch den EuGH im Wege richterlicher Rechtsfortbildung	31
1. Herleitung der Rechtsfortbildungsbefugnis des EuGH.....	31
2. Voraussetzungen einer Rechtsfortbildung auf Unionsebene.....	34
a) Feststellung einer Lücke im Unionsrecht	34
aa) Die Feststellung von Lücken mittels allgemeiner Rechtsprinzipien	36
bb) Treu und Glauben als allgemeines Rechtsprinzip des europäischen Privatrechts.....	37
b) Unterscheidung von internen und externen Lücken.....	39
c) Das Fehlen allgemeiner Billigkeitsregulative als interne Lücken des Unionsrechts?	41
3. Methodik der Lückenschließung.....	42
a) Analogie zu Billigkeitsregulativen im positiven Recht	42
b) Heranziehung bzw. Herausbildung allgemeiner Rechtsgrundsätze	45
aa) Der Begriff der allgemeinen Rechtsgrundsätze	45
bb) Die Grundrechte-Rechtsprechung des EuGH als Leitbild für die Herausbildung allgemeiner Rechtsgrundsätze im Bereich des europäischen Privatrechts	47
cc) Vorteile einer Lückenschließung durch allgemeine Rechtsgrundsätze	48
dd) Die Gewinnung allgemeiner Rechtsgrundsätze	49
ee) Hilfsweise: Rückgriff auf internationale und europäische Modellgesetze	50
ff) Übertragung bereits anerkannter allgemeiner Rechtsgrundsätze ins europäische Privatrecht	51

4. Die Bedeutung des unionsrechtlichen Verhältnis-	
mäßigkeitssatzes	53
IV. Zwischenergebnis	54
D. Die Berücksichtigung von Billigkeitserwägungen bei der	
Rechtsanwendung im Kontext des europäischen Privatrechts.....	56
I. Das Rechtsinstitut der ungerechtfertigten Bereicherung	
im europäischen Privatrecht	56
1. Rs. C-404/06 (Quelle).....	57
a) Sachverhalt	57
b) Verfahrenshistorie	57
2. Konsequenzen des Verfahrens für das nationale	
deutsche Privatrecht.....	61
3. Den Gerichtsentscheidungen zugrunde liegendes	
Billigkeitsproblem	62
a) Erlangung eines nicht zu rechtfertigenden Vorteils.....	63
aa) Konkretisierung des erlangten Vorteils	65
bb) Keine Rechtfertigung für die Erlangung des Vorteils ...	71
b) Kein genereller Ausschluss einer Vorteilsabschöpfung	
infolge bereicherungsrechtlicher Zivilrechtsdogmatik	72
c) Umfang des herauszugebenden Vorteils	75
d) Rechtskonstruktive Lösung.....	78
aa) Anspruchsgrundlage.....	78
bb) Zeitpunkt der Fälligkeit des Anspruchs	81
e) Vergleichbare Problematik in Fällen der Nachbesserung	82
4. Vereinbarkeit der entwickelten Lösung mit geltendem	
nationalen deutschen Recht	84
a) Fälle, in denen kein Verbrauchsgüterkauf vorliegt.....	84
b) Fälle eines Verbrauchsgüterkaufs	85
5. Die Umsetzung der entwickelten Lösung unter Beachtung	
der Vorgaben der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	87
a) Keine Ermächtigung des nationalen Gesetzgebers	87
b) Das Verbot ungerechtfertigter Bereicherung in der	
Rechtsprechung des EuGH	88
c) Die Zubilligung eines bereicherungsrechtlichen	
Vorteilsausgleichs durch Fortbildung des europäischen	
Privatrechts.....	89
aa) Das Fehlen des Verbots ungerechtfertigter	
Bereicherung als Lücke im europäischen Privatrecht ...	89
bb) Ebene der Lückenschließung.....	90
(1) Lückenschließung auf Unionsebene	90
(2) Lückenschließung auf nationaler Ebene	91
(a) Der Begriff der „Unentgeltlichkeit“	92

(b) „Ohne erhebliche Unannehmlichkeiten“	93
(c) 1. Erwägungsgrund der Richtlinie	94
(d) Haftung des Verkäufers für jede Vertragswidrigkeit.....	96
(e) Kein hinreichender Schutz über die Einreden der Verjährung und der Unverhältnismäßigkeit	98
(f) Zwischenergebnis	99
(g) Schlussfolgerungen	99
d) Die Zubilligung eines bereicherungsrechtlichen Vorteilsausgleichs durch Herausbildung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes.....	100
aa) Das Verbot ungerechtfertigter Bereicherung aus rechtsvergleichender Perspektive	101
(1) Strukturierung der mitgliedstaatlichen Regeln zum Bereicherungsausgleich	102
(2) Inhaltliche Ausgestaltung des Bereicherungsausgleichs in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	104
bb) Die Ausgestaltung des Verbots ungerechtfertigter Bereicherung im DCFR.....	106
e) Zwischenergebnis	108
f) Rs. C-489/07 (Messner) – Anerkennung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes des Bereicherungs- ausgleichs im Kontext des europäischen Privatrechts?.....	109
aa) Sachverhalt	109
bb) Würdigung der EuGH-Entscheidung	110
6. Zusammenfassung	113
II. Das Rechtsinstitut der Verwirkung im europäischen Privatrecht.....	115
1. Rs. C-481/99 (Heininger)	116
a) Sachverhalt	116
b) Verfahrenshistorie	117
c) Bedeutung der Heininger-Entscheidungen für das nationale deutsche Privatrecht.....	121
2. Rs. C-412/06 (Hamilton)	124
a) Sachverhalt	124
b) Verfahrenshistorie	124
c) Abkehr des EuGH von den Grundsätzen der Heininger-Entscheidung	126
3. Den Gerichtsentscheidungen zugrunde liegendes Billigkeitsproblem	129
a) Schutzwürdigkeit des Unternehmers	129
b) Verkennung des Billigkeitsproblems durch den EuGH	131
4. Rechtskonstruktive Lösung des Billigkeitsproblems im deutschen Recht durch Rückgriff auf das Rechtsinstitut der Verwirkung.....	132

a)	Untätigkeit des Berechtigten bis zur Geltendmachung des Rechts.....	133
b)	Besondere, Vertrauen auslösende Umstände	134
c)	Schutzwürdiges Vertrauen des Verpflichteten.....	135
aa)	Feststellung des Vertrauens.....	135
bb)	Schutzwürdigkeit des Vertrauens	136
d)	Vereinbarkeit eines Rückgriffs auf das Rechtsinstituts der Verwirkung mit der Regelung des § 355 BGB	137
5.	Umsetzung der entwickelten Lösung unter Beachtung der Vorgaben der Haustürgeschäfte richtlinie	138
a)	Keine Ermächtigung des nationalen Gesetzgebers	138
b)	Keine Regelungen, die auf ein Erlöschen des Widerrufsrechts in Verwirkungskonstellationen implizit hindeuten	141
c)	Das Rechtsinstitut der Verwirkung in der Recht- sprechung des EuGH	141
aa)	Öffentlich-rechtliche Sachverhalte	141
bb)	Privatrechtliche Sachverhalte	143
(1)	Rs. C-373/97 (Diamantis).....	143
(a)	Sachverhalt.....	143
(b)	Rechtliche Würdigung durch den EuGH.....	145
(2)	Die EuGH-Rechtsprechung im Vergleich mit dem deutschen Institut der Verwirkung	146
(a)	Vergleich der dogmatischen Begründungen	146
(b)	Vergleich der entwickelten Voraussetzungen.....	147
(3)	Das Institut der Verwirkung im mitgliedstaatlichen Rechtsvergleich	149
(a)	Vergleich der dogmatischen Begründungen	149
(b)	Vergleich der entwickelten Voraussetzungen.....	151
(4)	Das Rechtsinstitut der Verwirkung im DCFR.....	153
(5)	Methodische und dogmatische Grundlagen des EuGH	154
(a)	Methodische Herleitung der Diamantis-Grundsätze	154
(b)	Die EuGH-Rechtsprechung im Lichte des unions- rechtlichen Vorrangs.....	158
(6)	Geltungsbereich der Diamantis-Grundsätze	159
(7)	Das Verhältnis zwischen EuGH und nationalen Gerichten bei der Anwendung der Diamantis-Grundsätze.....	161
d)	Ausweitung des Geltungsbereichs kraft Rechtsfortbildung	161
aa)	Das Fehlen des Rechtsinstituts der Verwirkung als Lücke im europäischen Privatrecht	162
bb)	Ebene der Lückenschließung.....	163
e)	Zwischenergebnis	164
6.	Zusammenfassung	164

III. Das unionsrechtliche Rechtsmissbrauchsverbot in der Rechtsprechung des EuGH.....	166
1. Der individuelle Rechtsmissbrauch im Unionsrecht	
Rs. C-367/96 (Kefalas).....	166
a) Sachverhalt.....	167
b) Rechtliche Ausführungen.....	168
aa) Voraussetzungen eines Rechtsmissbrauchs	168
bb) Die Feststellung des subjektiven Elements.....	169
cc) Methodische und dogmatische Grundlagen	170
c) Der individuelle Rechtsmissbrauch im Rechtsvergleich....	170
d) Geltungsbereich und Anwendungsmodalitäten der Kefalas-Grundsätze.....	172
2. Systematisierung des unionsrechtlichen Rechtsmissbrauchsverbots	173
a) Individueller Rechtsmissbrauch	174
b) Verwirkung.....	174
c) Institutioneller Rechtsmissbrauch / Umgehung	175
d) Betrügerische Berufung auf Unionsrecht	177
3. Zusammenfassung	178
E. Die Rezeption der EuGH-Rechtsprechung durch die deutschen Zivilgerichte – BGH, Urt. v. 22.12.2004	179
I. Sachverhalt	179
II. Rechtliche Würdigung	180
1. Betrachtung aus deutsch-rechtlicher Sicht	180
2. Betrachtung unter Beachtung der Vorgaben in der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie	181
a) Auffassung des BGH	182
b) Stellungnahme	183
aa) Analyse der EuGH-Rechtsprechung zur Klausel von Treu und Glauben.....	183
bb) Keine Anwendbarkeit der EuGH-Rechtsprechung zum Grundsatz „venire contra factum proprium“	187
cc) Anwendbarkeit der EuGH-Rechtsprechung zum unionsrechtlichen Rechtsmissbrauchs- und Betrugsverbot.....	188
(1) Die arglistige Vorspiegelung der Unternehmereigenschaft als individueller Rechtsmissbrauch.....	188
(2) Die arglistige Vorspiegelung der Unternehmereigenschaft als betrügerische Berufung auf Unionsrecht.....	189
III. Zusammenfassung.....	190

F. Ausblick.....	191
G. Ergebnisse.....	194
Literaturverzeichnis.....	197
Sachverzeichnis.....	209

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
ABLEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABLEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
Art.	Artikel
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Civ.	Chambre civile (Spruchkörper der Cour de cassation)
CMLR	Common Market Law Review
Com.	Chambre commerciale (Spruchkörper der Cour de cassation)
D.	Recueil Dalloz de doctrine, de jurisprudence et de législation (1945–1964); Recueil Dalloz et Sirey de doctrine, de jurisprudence et de législation (ab 1965)
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf	Einführung
Einl	Einleitung
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union

EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht
EUR	Euro
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Europäisches Schuldvertragsrechtsübereinkommen
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f., ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GS	Gedächtnisschrift
Hdb.	Handbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HWiG	Haustürwiderrufgesetz
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JB1.	Juristische Blätter (Österreich)
JCP	Juris-Classeur Périodique. La Semaine Juridique. Edition général
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JR	Juristische Rundschau
JZ	Juristenzeitung
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
KOM	Europäische Kommission
K&R	Kommunikation und Recht
LG	Landgericht
lit.	littera
LMK	(Kommentierte BGH-Rechtsprechung) Lindenmaier-Möhring
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MLR	Modern Law Review
MMR	Multimedia und Recht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift/Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)

Panor.	Panorama (Rubrik in Gaz. Pal.) (Frankreich)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAJ	Repertorio Aranzadi de Jurisprudencia
PECL	Principles of European Contract Law
PICC	Principles of International Commercial Contracts
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
R.I.D.C.	Revue Internationale de Droit Comparé
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes
u.a.	und andere, unter anderem
Überbl	Überblick
UN	United Nations
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law
Unterabs.	Unterabsatz
v	vor, von
Var.	Variante
verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
vgl.	vergleiche
Vorb, Vorbem	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
WM	Wertpapier-Mitteilungen
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung

A. Einführung

Das europäische Privatrecht ist in Bewegung.¹ Kaum ein Gegenstand hat die deutsche Zivilrechtswissenschaft in den letzten Jahren mehr beschäftigt als der Vorgang der „Europäisierung“ dieses Rechtsgebiets. Der Prozess der Privatrechtsangleichung und Privatrechtsvereinheitlichung war zuvor nach Form, Inhalt und Ausmaß nicht absehbar.² Mittlerweile werden rund 80 % des nationalen Rechts unionsrechtlich beeinflusst.³

I. Rechtspolitische Diskussion

Gegenwärtig steht der Gedanke einer systematischen Vereinheitlichung des europäischen Privatrechts im Mittelpunkt des rechtswissenschaftlichen und rechtspolitischen Interesses. Nachdem das Europäische Parlament sich bereits 1989 und 1994 die Forderung nach einem europäischen Zivilgesetzbuch zu eigen gemacht hatte⁴, forderte 1999 auch der Rat die Prüfung der Notwendigkeit eines Europäischen Zivilgesetzbuches. Die Kommission hatte daraufhin im Jahr 2001 mit einer auf das Vertragsrecht beschränkten Mitteilung zum Europäischen Privatrecht⁵ eine intensive Diskussion über das Bedürfnis nach einer Vereinheitlichung des europäischen Privatrechts und über die dazu in Betracht kommenden Wege angestoßen. Das zunächst von den meisten Beteiligten favorisierte Ziel einer Kodifikation des europäischen Vermögensrechts ist inzwischen allerdings in den Hintergrund getreten.⁶ Stattdessen strebt die Kommission seit dem Jahr 2003 mit ihrem Aktionsplan für ein kohärentes europäisches Vertragsrecht primär das in vieler Hinsicht neuartige Instrument eines „Gemeinsamen Referenzrah-

¹ Vgl. *Basedow*, JuS 2004, 89 ff.; *Armbrüster*, Jura 2007, 321.

² *Franzen*, Privatrechtsangleichung durch die Europäische Gemeinschaft, 1999, S. 1.

³ Vgl. *Hoppe*, EuZW 2009, 168 f.

⁴ ABl. EG 1989 C 158/400 (Entschließung A2-157/89); ABl. EG 1994 C 205/518 (Entschließung A3-0329/94); abgedruckt in ZEuP 1993, 613 ff. und ZEuP 1995, 669 ff.

⁵ Mitteilung der Kommission vom 11.7.2001, KOM (2001) 398; abgedruckt in ZEuP 2001, 963.

⁶ *Jansen/Zimmermann*, JZ 2007, 1113, 1114.